

BESCHLUSSVORLAGE V0465/17 öffentlich	Referat	Referat IV
	Amt	Bürgerhaus
	Kostenstelle (UA)	4310
	Amtsleiter/in	Ferstl, Peter
	Telefon	3 05-28 00
	Telefax	3 05-28 09
	E-Mail	buergerhaus@ingolstadt.de
Datum	26.06.2017	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Kommission für Seniorenarbeit	13.07.2017	Kenntnisnahme	

Beratungsgegenstand

Bericht von der Fachtagung „Bayerische Kommunen gestalten den demografischen Wandel,“ am 05.04.2017 in Nürnberg.
(Referent: Herr Scheuer)

Antrag:

Die Kommission für Seniorenarbeit nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

gez.

Wolfgang Scheuer
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt: <input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

Hintergrund des vorliegenden Berichtes ist ein Antrag von Herrn StRA Christian Höbusch vom 14.03.2017, dass im Sozialausschuss ein Bericht über die am 05.04.2017 in Nürnberg stattgefundenen Fachtagung des StMAS mit dem Thema „Bayerische Kommunen gestalten den demografischen Wandel“ vorgenommen werden soll. Der Bericht wird nunmehr auch in die Kommission für Seniorenarbeit eingebracht.

Bericht:

Frau Ministerin Emilia Müller konnte rund 300 Teilnehmer auf der Fachtagung begrüßen. Sie stellte fest, dass es aktuell rund 2,5 Millionen Menschen über 65 Jahren in Bayern gebe. Diese Zahl werde künftig noch erheblich zunehmen. Ältere Menschen würden dabei immer älter, die Lebenserwartung steige. Senioren seien meist fit und aktiv und stellten eine Bereicherung für das Gemeinwesen dar. Es gehe darum, diese Fähigkeiten noch mehr für die Gemeinschaft zu erschließen. Darüber hinaus sei es jedoch auch erforderlich, die notwendigen Pflegeleistungen zur

Verfügung zu stellen.

Vor zehn Jahren habe die Bayerische Staatsregierung den „Startschuss“ für „Integrierte seniorenpolitische Gesamtkonzepte“ gegeben. Dabei sei das Ziel verfolgt worden, passgenaue Maßnahmen zu entwickeln. Es gehe dabei darum, die Gestaltung des demografischen Wandels aktiv zu unterstützen und festzuhalten, was weiter verbessert werden sollte. Wichtig sei auch eine fachliche Evaluation um festzustellen, welche Konzepte sich in der Praxis bewähren. Aktuell seien die Teilhabe der älteren Menschen und die Unterstützung des Wohnens in den eigenen vier Wänden wichtige Punkte. Die Mehrheit der 85 bis 90-Jährigen habe aktuell keine Pflegestufe. Wichtig seien deshalb wohnortnahe und finanzierbare Hilfen, eine gute Infrastruktur, die Förderung von Nachbarschaftshilfen, Quartierskonzepte sowie eine kompetente Wohnberatung.

Frau Ministerin Emilia Müller stellte fest, dass es für die Umsetzung von Quartierskonzepten, für Generationen übergreifendes Wohnen sowie für Nachbarschaftshilfen Förderungen durch das StMAS gebe.

Durch das Kuratorium Deutsche Altershilfe wurde eine Evaluation der bisherigen „Seniorenpolitischen Gesamtkonzepte“ (SPGK) vorgenommen. Dies geschah, um Weiterentwicklungen anzustoßen und Handlungsempfehlungen zu erstellen. Der Rücklauf auf eine Erhebung betrug 81%, diese sei somit aussagekräftig. An Ergebnissen wurden präsentiert, dass aktuell 98 % aller bayerischen Gebietskörperschaften ein SPGK erstellt haben. 30% hätten bereits eine Fortschreibung durchgeführt, 54 % würden diese planen. Dabei gebe es keinen Unterschied zwischen Stadt und Land.

Feststellbar war, dass unbedingt ausreichend personelle Ressourcen für den Planungsprozess einzustellen sind. Sehr wichtig sei auch ein Planungsverständnis als dialogischer Prozess. Von den insgesamt elf Handlungsfeldern seien die Bereiche „Wohnen zu Hause“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Gesellschaftliche Teilhabe“ sowie „Betreuung und Pflege“ als die vier Wichtigsten betrachtet worden.

Trotz der vielfältigen positiven Ergebnisse kamen einige verbesserungswürdige Punkte zur Sprache: Häufig fehle der teilträumliche Blick auf die Handlungsfelder, Empfehlungen für Maßnahmen seien möglichst konkret zu formulieren. Auch sollten die Finanzierungsmöglichkeiten häufig präziser festgestellt sowie die Transparenz auch hinsichtlich des jeweiligen Umsetzungsstandes und der Umsetzungsschritte verbessert werden.

Als förderliche Faktoren für ein erfolgreiches „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ wurden festgehalten:

Bei der Erstellung

- Ein politischer Beschluss, also ein kommunalpolitisches Mandat.
- Klare Zuständigkeiten bzw. Arbeitsverteilungen.
- Personelle Ressourcen.
- Die frühe Einbindung aller Akteure.
- Eine regelmäßige Fortschreibung alle fünf bis zehn Jahre.
- Die Anpassung der Inhalte.
- Eine Einbeziehung des Seniorenbeirats.

Für die Umsetzung

- Klare Zuständigkeiten bzw. Arbeitsverteilungen.
- Personelle Ressourcen.
- Bereichsübergreifende Zusammenarbeit.
- Unterstützung der Akteure (z. B. Qualifikation, Erfahrungsaustausch)
- Systematische Planung der Umsetzung (z. B. Meilensteine, Zeitplanung, Verantwortlichkeiten)

- Eine Priorisierung der Maßnahmen sowie eine Zusammenfassung.
- Die Einbeziehung des Seniorenbeirats.
- Die Transparenz über den Umsetzungsprozess sowie eine sozialräumliche Perspektive.

In der anschließenden Podiumsdiskussion kamen folgende wichtige Aspekte zur Sprache:

- Die meisten Probleme gäbe es nicht bei der Erstellung, sondern bei der Umsetzung der SPGK.
- Es wurde die Forderung „weg vom Papier – hin zur konkreten Umsetzung“ ausgesprochen.
- Aktuell stehen die Gebietskörperschaften vor zwei wichtigen Herausforderungen: Neben der Integration von Flüchtlingen auch die Bewältigung des demografischen Wandels.
- Planung sei in jedem Fall die Voraussetzung für das Wissen, „wohin man will“.
- Wichtig sei dabei eine Perspektive weg von Teilplanungen und hin zu einer integrierten Gesamtplanung.

TOP waren darüber hinaus die Ergebnisse und die Fortführung des Projekts „Marktplatz der Generationen“. Dieses Projekt betrifft jedoch ausschließlich Gemeinden bis zu einer Größe von 3000 Einwohnern. Eine Umsetzung in Ingolstadt ist damit weder sinnvoll noch möglich.